

Fragen

**für die Fragestunde der 210. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 18. März 2009**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46	Koppelin, Jürgen (FDP)	11, 12
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 37	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	9, 32	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	6, 49
Bonde, Alexander (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 56	Dr. Paech, Norman (DIE LINKE.)	58
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	1, 2	Pau, Petra (DIE LINKE.)	54, 55
Burgbacher, Ernst (FDP)	19, 20	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	22, 57	Scharfenberg, Elisabeth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27
Dr. Eid, Uschi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 51	Scheel, Christine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14
Dr. Eisel, Stephan (CDU/CSU)	35, 36	Schewe-Gerigk, Irmgard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43	Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	24, 25	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	28, 29
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	47, 48	Stokar von Neuforn, Silke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53
Heilmann, Lutz (DIE LINKE.)	38, 39	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 44
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	3, 18
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31		
Königshaus, Hellmut (FDP)	7, 8		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	14

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

1. Abgeordnete
**Dr. Martina
Bunge**
(DIE LINKE.)
Wie viele Anträge, die nach dem Urteil des Bundessozialgerichtes vom 23. August 2007 (B 4 RS 4/06R) zur Rentenwirksamkeit von in der DDR gezahlten Jahresendprämien gestellt wurden, hat die Rentenversicherung bisher mit welchem Ergebnis (befürwortet, abgelehnt, wegen Unklarheiten zurückgestellt) bearbeitet?

2. Abgeordnete
**Dr. Martina
Bunge**
(DIE LINKE.)
Welche Hauptgründe führten in welchem Umfang zu einer Ablehnung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

3. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.)
Wie wird das in der Pressemitteilung des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV) des Landes Brandenburg vom 6. März 2009 angeführte Gutachten des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) zu den Sicherheitsaspekten bleifreier Geschosse hinsichtlich Auftragnehmer, Auftragsziel, Zeitrahmen und Budget gestaltet sein, und welche grundsätzliche Strategie verfolgt die Bundesregierung, um die durch Jagd verursachte Einbringung von Blei möglichst gering zu halten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

4. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Weshalb basierte die Auskunft des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gegenüber dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), der von der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK) an das Atommülllager Asse II abgegebene Müll gehe nicht auf Energieversorgungsunternehmen (EVU)

zurück, auf dem Asse-Statusbericht des niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz vom 1. September 2008 (vgl. Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Astrid Klug, vom 10. März 2009 auf meine schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 16/12247), wo das BMBF doch seit jeher wusste, woher der Input aller die Asse betreffenden WAK-Kampagnen stammt (vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerien für Bildung und Forschung, Thomas Rachel, vom 9. Februar 2009 auf meine schriftliche Frage 74 auf Bundestagsdrucksache 16/12073, und ganz konkret welche Formulierung hat das BMBF bei seiner Auskunft gegenüber dem BMU verwendet?

5. Abgeordnete
**Sylvia
Kötting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Würden das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Bundesministerium der Finanzen (BMF) es jeweils grundsätzlich begrüßen oder nicht begrüßen, wenn die Energieversorgungsunternehmen sich an den Sanierungs- und Schließungskosten für das Atommülllager Asse II beteiligten (vgl. Aussage der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Astrid Klug vom 4. März 2009, hierzu gebe es in der Bundesregierung unterschiedliche Auffassungen), und inwiefern vertritt die gesamte Bundesregierung – insbesondere auch das BMBF – die Position, dass 74 Prozent des radioaktiven Inventars in der Asse direkt oder indirekt den Kernkraftwerken zugeordnet werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

6. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzsch**
(DIE LINKE.)

Wird die Bundesregierung mit gutem Beispiel vorangehen und das Gesetz zur Begrenzung von Managergehältern auf bundeseigene Unternehmen noch vor Ende der Wahlperiode umsetzen?

7. Abgeordneter
**Hellmut
Königshaus**
(FDP)

Kann die Bundesregierung nach Einsichtnahme in das Wortprotokoll der Beweisaufnahmesitzung des 1. Untersuchungsausschusses vom 22. Januar 2009 nunmehr bestätigen, dass entgegen ihrer Darstellung in der Beantwortung meiner schriftlichen Frage 14

auf Bundestagsdrucksache 16/12073 der Vertreter der Bundesanwaltschaft sich sehr wohl dahingehend geäußert hat, dass auch das Festhalten eines Zivilisten in dem US-Militärgefängnis in Mannheim, das nicht vom Truppenstatut gedeckt ist, keine Straftat sei (Zitat, S. 48 des Protokolls: „Selbst wenn es ein Verstoß gegen das NATO-Truppenstatut gewesen wäre, sehe ich keine Straftat“), und wie bewertet sie dies?

8. Abgeordneter
Hellmut Königshaus
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung nach den in der vorgenannten Sitzung gemachten Zeugenaussagen im Fall der Coleman-Barracks den Verdacht einer noch nicht verjährten Straftat gegeben, und gedenkt sie jetzt doch straf- oder dienstrechtliche Maßnahmen einzuleiten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

9. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Wie ist der Kenntnisstand der Bundesregierung hinsichtlich der Tatsache, dass sich führende Genossen der SED und Staatssicherheit im Dezember 1989 in der DDR-Staatsbank eingeschlossen haben, um dort Geldmengen für den Eigenbedarf zu drucken, und welche detaillierten Kenntnisse (z. B. hinsichtlich des Wertvolumens des illegalen Nachdrucks, der Namen der handelnden Personen, der strafrechtlichen Aufarbeitung des Vorgangs, der Verwendung der Nachdrucke und der etwaigen Verschiebung dieser Geldwerte ins Ausland) hat die Bundesregierung?
10. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Grundstücke mit baulichen Zeugnissen der deutsch-deutschen Teilung in Brandenburg werden derzeit von der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) verwaltet, und wie plant die Bundesregierung mit diesen Grundstücken und den darauf befindlichen Bauwerken umzugehen?
11. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Zahlung von einem Sonderbonus in Höhe von fast 12 Mio. Euro an den Postbank-Vorstand (FAZ, 10. März 2009, S. 16)?

12. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)
- Hatte die Bundesregierung vor der Entscheidung des Aufsichtsrats der Postbank Kenntnis davon, dass an den Postbank-Vorstand ein Sonderbonus gezahlt werden sollte?
13. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was sind die steuerlich relevanten Gründe, dass die Adam Opel GmbH im Zeitraum 2005 bis 2007 von den deutschen Finanzämtern Erstattungen in Höhe zweistelliger Millionensummen erhalten hat (DIE WELT, 9. März 2009), obwohl sie lt. Interview von Betriebsratschef Klaus Franz 2006, 2007 und bis September 2008 schwarze Zahlen geschrieben hat (DIE WELT, 10. März 2009)?
14. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es zutreffend, dass das gesamte Währungsrisiko von der Adam Opel GmbH getragen werden musste, oder haben andere Gründe wie konzerninterne Verrechnungspreise und Gebühren für die Nutzung von Patenten und Lizenzen für einen steuerlich relevanten Verlust gesorgt, und hat sich infolge der Unternehmensteuerreform ab 2008 daran etwas relevant geändert?
15. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit bestätigt die Deutsche Bundesbank Berichte, wonach der Bund der Hypo Real Estate Holding AG (HRE) zeitnah (bis zum 26. April 2009, laut Süddeutsche Zeitung, 11. März 2009) weitere zehn Milliarden Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden müssen, um deren Pleite oder Überschuldung zu verhindern, und inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass ihr gar keine andere Wahl mehr bleibt, als immer weitere Finanzhilfen zuzusagen, wenn sie vermeiden will, dass die an die HRE bereits gewährten Finanzhilfen über insgesamt 87 Mrd. Euro (so die Antwort der Bundesregierung auf meine Frage in der Fragestunde am 4. März 2009, Plenarprotokoll 16/207, S. 22391 D) zu Lasten des Bundes fällig werden, den Bund belasten sowie zu einer zusätzlichen Neuverschuldung in dieser Höhe führen werden?
16. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Von welchen Staaten oder Territorien, in denen die Commerzbank inklusive ihrer Tochter Dresdner Bank tätig ist, hat die Bundesregierung Kenntnis (bitte auch jeweils Anzahl der Angestellten und Höhe des Anlagevolumens angeben)?

17. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung von der Betreuung deutscher Steuerpflichtiger durch die Commerzbank in Gebieten, die nicht die Standards der OECD für Transparenz und Informationsaustausch in Steuerfragen einhalten, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um Aktivitäten der Commerzbank in diesen Steueroasen zu unterbinden?
18. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Welche Bundesländer planen Entlastung der Landwirtschaftsbetriebe bei der Agrardieselsteuer, und wie bewertet die Bundesregierung das in Bezug auf Wettbewerbsnachteile für andere Bundesländer?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

19. Abgeordneter
Ernst Burgbacher
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele deutsche Staatsangehörige jährlich ins Ausland reisen, um Ayurveda-Behandlungen in Anspruch zu nehmen?
20. Abgeordneter
Ernst Burgbacher
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung vor diesem Hintergrund keinen wirtschaftlichen und touristischen Standortnachteil für deutsche Wellness- und Kurbetriebe dadurch, dass in Nummer 2.27.116 der Durchführungsanweisungen zur Beschäftigungsverordnung die Zulassung ayurvedischer Therapeuten im Wellnessbereich grundsätzlich nicht möglich ist, da es sich hierbei nicht um eine medizinisch indizierte Behandlungsmethode handelt?
21. Abgeordnete
Irmingard Schewe-Gerigk
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung die Entscheidung vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, den Lenkungsrat Unternehmensfinanzierung ohne Berücksichtigung des im Bundesgremienbesetzungsgesetz verankerten Gebots der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern besetzt zu haben, und wie ist diese Entscheidung mit der Forderung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ursula von der Leyen, nach

einem gleichberechtigten Zugang von Frauen zu Führungspositionen in der öffentlichen Verwaltung vereinbar?

22. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)

Wann konkret gedenkt die Bundesregierung ihre Entscheidung über Art und Umfang von Hilfsleistungen für die Adam Opel GmbH zu treffen, nachdem sie diese Entscheidung ursprünglich bereits für März 2009 angekündigt hatte, nun aber nicht vor April 2009 treffen will, und inwieweit scheidet eine rasche Lösung daran, um seitens der Bundesregierung „nach Argumenten zu suchen, um Opel nicht zu helfen“, obwohl es sich bei der Adam Opel GmbH sehr wohl um ein „systemrelevantes Unternehmen“ handelt, das wegen der Anzahl an Arbeitsplätzen im Unternehmen und im Zuliefererbereich „entscheidend für den Wohlstand der gesamten Gesellschaft“ ist (<http://de.reuters>)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

23. Abgeordneter
**Alexander
Bonde**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Stellt die vom Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, am 9. März 2009 in der „FAZ“ veröffentlichte Position zur Formulierung eines neuen strategischen Konzepts für die NATO die Position der Bundesregierung dar, und aus welchem Grund sollte aus Sicht der Bundesregierung in diesem Zusammenhang die nukleare Teilhabe Deutschlands erhalten bleiben?

24. Abgeordneter
**Wolfgang
Gehrcke**
(DIE LINKE.)

Welche Gruppierungen bezeichnet die Bundesregierung als „gemäßigte Taliban“, mit denen nach Aussagen des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, während seines kürzlich erfolgten Afghanistan-Besuches Verhandlungen zur Zukunft des Landes aufgenommen werden sollten?

25. Abgeordneter
**Wolfgang
Gehrcke**
(DIE LINKE.)

Wie unterscheidet die Bundesregierung zwischen „gemäßigten Taliban“ und anderen, demzufolge „radikalen“ Taliban?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

26. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Kritik der bayerischen Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) an den Vereinbarungen nach § 115 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) über die Veröffentlichung und Bewertungssystematik der Qualitätsprüfungen in der ambulanten und stationären Pflege („Schulnotensystem“) in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 11. März 2009, wonach dieses Konzept seinen Zweck verfehle, durch mehr Transparenz und Vergleichbarkeit der Leistungen Missstände abzustellen, und der Forderung Christine Haderthauers an die Bundesregierung, diese Vereinbarung der Selbstverwaltung zu ändern?
27. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung des Weiteren aus der Kritik an den Vereinbarungen nach § 115 SGB XI, beispielsweise der bayerischen Sozialministerin Christine Haderthauer (Süddeutsche Zeitung, 11. März 2009) oder auch weiterer Akteure im Rahmen eines Beitrags der ARD-Sendung Report Mainz („Wie gute Heime zu schlechten Noten kommen“, 9. Februar 2009), wonach eine schlechte Beurteilung einer Pflegeeinrichtung/eines Pflegedienstes in einem Kriterium durch die positive Bewertung in einem anderen Kriterium ausgeglichen werden könne oder dass an der Entwicklung der Kriterien nach § 115 SGB XI die maßgeblichen Organisationen für die Wahrnehmung der Interessen und der Selbsthilfe der pflegebedürftigen und behinderten Menschen sowie unabhängige Verbraucherorganisationen nicht in ausreichendem Maße beteiligt worden seien?
28. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Zusammenhänge sieht die Bundesregierung zwischen den laut Pflegestatistik 2007 (siehe Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 9. März 2009) einerseits gravierenden Unterschieden bei den Kosten/Vergütungen für einen vollstationären Pflegeplatz in den einzelnen Bundesländern (von durchschnittlich 2 250 Euro in Sachsen-Anhalt bis 3 131 Euro in Nordrhein-Westfalen pro Monat bei Pflegestufe III) und andererseits in der Qualität der Unterbringung und Pflege der pflegebedürftigen Menschen sowie der Entlohnung der Pflegekräfte?

29. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wann wird die Bundesregierung für spürbare Veränderungen bei der pflegerischen Versorgung von Menschen mit Behinderungen während eines stationären Krankenhausaufenthaltes sorgen, wie es seitens der Bundesregierung auf meine Anfrage vom 18. Juni 2008 zugesagt wurde, nachdem bereits am 27. September 2007 die Ergebnisse der Forsee-Kampagne „Ich muss ins Krankenhaus ... und nun?“ an die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen, Karin Evers-Meyer, auf einer öffentlichen Veranstaltung im Kleisthaus übergeben wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

30. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann tagte der Prüfungsausschuss der Deutschen Bahn AG seit dem Amtsantritt von Hartmut Mehdorn als Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Bahn AG, und welche Themen wurden auf den jeweiligen Prüfungsausschusssitzungen behandelt?
31. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat der Prüfungsausschuss der Deutschen Bahn AG die diversen Konzernmitarbeiterausspähaktionen im Hause Mehdorn behandelt, und welche Konsequenzen sollen für die Zukunft gezogen werden?
32. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Warum handelt es sich bei der Projektliste des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung „Verkehrsinvestitionen zum Konjunkturpaket II“ hinsichtlich der „Investitionen in die Bundes-schienenwege“ bis auf zwei Ausnahmen um bloße Verstärkungen der bereits im „Arbeitsplatzprogramm Bauen und Verkehr – Maßnahmen des Innovations- und Investitionsprogramms ‚Verkehr‘ für die Jahre 2009 und 2010“ aufgeführten Vorhaben?
33. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Grund hat es, dass der Direktor des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Florian Mausbach, nicht – wie ursprünglich geplant – die Schlüsselübergabe für das Neue Museum in Berlin vornehmen konnte und für die zugehörige Pressekonferenz durch den Staatssekretär im Bundesminis-

terium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr.-Ing. Engelbert Lütke Daldrup, ersetzt wurde (vgl. Berliner Zeitung vom 5. März 2009)?

34. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle Gebäudesicherheit bundeseigener Einrichtungen von nationaler und weltweiter kulturhistorischer Bedeutung unter besonderer Berücksichtigung des vorbeugenden Brandschutzes, der Standsicherheit und des Hochwasserschutzes?
35. Abgeordneter
Dr. Stephan Eisel
(CDU/CSU)
- Welche akustischen Messungen zur unterschiedlichen Lärmbelästigung durch Diesel- bzw. Elektrolokomotiven liegen der Bundesregierung vor?
36. Abgeordneter
Dr. Stephan Eisel
(CDU/CSU)
- Welche europäischen und nationalen Rechtsvorschriften müssten verändert werden, um den Einsatz von Diesellokomotiven auf voll elektrifizierten Strecken einzuschränken bzw. auszuschließen, und welche Initiativen beabsichtigt die Bundesregierung in diese Richtung?
37. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung durch die geplanten Investitionen des Bundeslandes Brandenburg von Mitteln aus dem Konjunkturpaket II in den Ausbau der Elbehäfen Mühlberg/Elbe und Wittenberge einen konjunkturellen Aufschwung in den betroffenen Regionen vor dem Hintergrund gewährleistet, dass die für einen wirtschaftlichen Massengüterverkehr notwendige Fahrrinntiefe von 2,50 Metern nur zu einem Teil des Jahres – beispielsweise wurde sie im vergangenen Jahr von Mitte Mai bis zum Jahresende am Elbpegel Magdeburg-Strombrücke deutlich unterschritten – auch erreicht wird?
38. Abgeordneter
Lutz Heilmann
(DIE LINKE.)
- Wieso schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort vom 23. Februar 2009 auf Frage 1 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 16/12039, dass eine rückwirkende Rücknahme der allgemeinen Betriebserlaubnisse für unwirksame Partikelfilter „nicht in Betracht komme“, da die Vorschrift in Nummer 8, Anlage XXVI zur Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung „nur ein Tätigwerden für die Zukunft“ erlaube, während die

Bundesregierung am 26. Februar 2009 und damit drei Tage später auf Frage 14 einer Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 16/12215 schreibt, „dass die rückwirkende Aufhebung von Allgemeinen Betriebserlaubnissen für unwirksame Partikelfilter im Ermessen des KBA steht“, dies somit also entgegen der Antwort vom 23. Februar 2009 doch rechtlich möglich wäre?

39. Abgeordneter
**Lutz
Heilmann**
(DIE LINKE.)

Wieso hat die Bundesregierung die Frage 4 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 16/12039 nicht im Sinne der Fragestellung beantwortet, und hat die Bundesregierung Kenntnis von der Zahl der in die Fahrzeugpapiere eingetragenen und demzufolge an das Kraftfahrt-Bundesamt gemeldeten ausgetauschten Partikelminderungs-systeme?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

40. Abgeordnete
**Brigitte
Pothmer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Kann ausgeschlossen werden, dass in den Erkundungsbereichen im Salzstock in Gorleben Laugen eingetreten sind?

41. Abgeordnete
**Brigitte
Pothmer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was würde es bedeuten, wenn in den Erkundungsbereichen im Salzstock in Gorleben wie im Lager Asse Laugen gefunden würden, die aus dem Deckgebirge stammen?

42. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welchen Ländern gibt es entsprechend den Erkenntnissen der Bundesregierung eine Besteuerung von Atomkraftwerken bzw. Atomstrom, und worauf werden diese Steuern jeweils spezifisch erhoben?

43. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist im Bundesministerium für Bildung und Forschung, im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie im Bundesministerium des Innern sichergestellt, dass alle Akten im weiteren Zusammenhang mit dem Atommüll-lager Asse so archiviert sind, dass eine Vernichtung ausgeschlossen ist, und wie ist in den genannten Bundesministerien sichergestellt, dass es eine Zugriffsbeschränkung auf die Akten gibt, mit der ausgeschlossen werden kann, dass Mitarbeiter, die eventuell belastet werden könnten, die Akten manipulieren können?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

44. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die vom 1. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages beabsichtigte Vernehmung oder Ladung der US-Militärangehörigen M. G., T. F. oder J. A. M. im deutsch-/US-amerikanischen diplomatischen Verkehr, insbesondere vor bzw. während des Besuches des Bundesministers des Auswärtigen bei seiner US-Kollegin thematisiert worden, und wie hat die Bundesregierung versucht dazu beizutragen, dass die Vernehmung möglich gemacht, insbesondere die Zustimmung der US-Administration zur Aussage vor dem 1. Untersuchungsausschuss erteilt wird?
45. Abgeordneter
**Volker
Beck**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Hintergründe der Ermordung der Transsexuellen Ebru S. in Istanbul (vgl. www.lambdaistanbul.org), und beabsichtigt die Bundesregierung und/oder die Europäische Union vor dem Hintergrund der Straflosigkeit in ähnlichen Fällen (vgl. Human-Rights-Watch-Report „Gender, Sexuality, and Human Rights in a Changing Turkey“) die Aufklärung dieses möglicherweise erneuten Hassverbrechens durch die türkische Justiz genau zu verfolgen?
46. Abgeordneter
**Volker
Beck**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Vorbereitungen trifft die Bundesregierung bezüglich ihrer Teilnahme an der Durban-II-Konferenz, insbesondere im Hinblick auf die Vermeidung ähnlicher israelfeindlicher Ausfälle wie während der Durban-I-Konferenz 2001?

47. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Anfang Februar 2009 veröffentlichten Ergebnisse einer Studie westlicher Fernsehsender, derzufolge eine Mehrheit der afghanischen Bevölkerung den Abzug der ausländischen Truppen aus ihrem Land innerhalb von zwei Jahren wünscht?
48. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser repräsentativen Umfrage für die Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

49. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass der Bundesminister des Innern den Zugang zu Waffen in der Vergangenheit erleichtern wollte, und ist die Bundesregierung jetzt bereit – nach dem schrecklichen Amoklauf in Baden-Württemberg – den Zugang zu Waffen endlich zu erschweren?
50. Abgeordnete
Dr. Uschi Eid
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen zur Verhinderung von Amokläufen und zur Fürsorge von mittelbar und unmittelbar betroffenen Opfern hat die Bundesregierung nach dem Amoklauf am 26. April 2002 im Erfurter Johann-Gutenberg-Gymnasium beschlossen, und welche sind bisher noch nicht umgesetzt?
51. Abgeordnete
Dr. Uschi Eid
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie gedenkt die Bundesregierung in Zukunft sicherzustellen, dass die im Waffengesetz verankerten Bestimmungen zur Lagerung rechtmäßig erworbener, scharfer Waffen auch umgesetzt werden und das unrechtmäßige Tragen und Verwenden dieser Waffen verhindert wird?
52. Abgeordnete
Silke Stokar von Neuforn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, um gemeinsam mit den Bundesländern dafür Sorge zu tragen, dass die Kontrollen der gesetzlichen Vorschriften zur sicheren getrennten Aufbewahrung von Waffen und Munition nach § 36 des Waffengesetzes tatsächlich eingehalten und von der Verwaltung auch kontrolliert werden?

53. Abgeordnete
Silke Stokar von Neuforn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird das in der europäischen Waffenrichtlinie (2008/51/EG) geforderte nationale Waffenregister in Deutschland eingeführt?
54. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Wie viele Nachmeldungen im Erfassungsbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ aufgeschlüsselt nach Deliktsbereichen und Themenfeldernennung Hasskriminalität (wie Verstöße gegen das Versammlungsrecht, Fälle von Landfriedensbruch und schwerem Landfriedensbruch, Brandstiftungen, Körperverletzungen, Gewaltdelikte, Nötigung/Bedrohung, versuchte Tötungsdelikte, Tötungsdelikte, Sachbeschädigungen, Widerstand, Anschläge, Volksverhetzung, Friedhofsschändungen, Propagandadelikte usw.) hat es bisher für das Jahr 2008 gegeben?
55. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Wie verteilen sich diese Nachmeldungen aufgeschlüsselt auf die einzelnen Bundesländer?
56. Abgeordneter
Alexander Bonde
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Dienststunden wurden 2008 von deutschen Polizistinnen und Polizisten in Afghanistan geleistet, und wie viele davon dienten unmittelbar der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte?
57. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung im Umgang des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit der hochschwangeren Minderjährigen A. M. aus Kamerun, die bis zum Tag der Entbindung in der Flüchtlingsunterkunft am Frankfurter Flughafen festgehalten wurde, obwohl das Jugendamt auf eine angemessene Betreuung der werdenden minderjährigen Mutter außerhalb der Flughafenunterkunft gedrungen hat, und in dem Umstand, dass das Bundesamt Anhörungstermine sowohl auf den errechneten Geburtstermin als auch für den Tag, an dem die Einleitung der Geburt anstand, ansetzte (www.fr-online.de), einen Verstoß gegen die Vorgaben der EU-Aufnahmerichtlinie zum Umgang mit besonders schutzbedürftigen bzw. minderjährigen Flüchtlingen sowie eine Verletzung der Menschenwürde und eine Missachtung der besonderen Schutzbedürftigkeit der wegen einer Vergewaltigung traumatisierten Schwangeren?

58. Abgeordneter
**Dr. Norman
Paech**
(DIE LINKE.)

Ist die Privilegierung von Staatsangehörigen beim Ehegattennachzug nach § 30 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 des Aufenthaltsgesetzes, wonach eine Sprachprüfung entfällt, wenn der in Deutschland lebende Ehegatte auch für einen Aufenthalt, der kein Kurzaufenthalt ist, visumfrei in das Bundesgebiet einreisen und sich darin aufhalten darf, davon abhängig, dass der im Bundesgebiet lebende Ausländer unabhängig von dem angestrebten Aufenthaltswitz zu einem längerfristigen Aufenthaltswitz visumfrei einreisen darf, oder ist es ausreichend, wenn der Staatsangehörige nur für einen Aufenthaltswitz für einen Aufenthalt, der kein Kurzaufenthalt ist, visumfrei in das Bundesgebiet einreisen darf, und welche konkreten Konsequenzen ergeben sich vor diesem Hintergrund für die Regelung der Sprachanforderungen vor dem Ehegattennachzug zu in Deutschland lebenden türkischen Staatsangehörigen aus der Grundsatzentscheidung zur visumfreien Einreise von türkischen Staatsangehörigen des Europäischen Gerichtshofs vom 19. Februar 2009 in der Rechtsache C-228/06 (Soysal)?